

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe Februar 2017



Europäisches Parlament gibt grünes Licht für CETA

„Alle Forderungen Deutschlands und des Europäischen Parlaments an das CETA-Abkommen wurden bei den Verhandlungen erfüllt“, erklärt Markus Ferber. In Straßburg stimmte das Europäische Parlament dem finalen Text zu: „Ja zu CETA bedeutet Nein zu Hormonfleisch, Chlorhühnchen und gentechnisch veränderter Produkte. Die Daseinsvorsorge bleibt unberührt, die hohen europäischen Standards im Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitsschutz sind garantiert!“, betont Ferber. „Nachdem der neugewählte amerikanische Präsident sich so vehement für Abschottung und gegen freien Handel einsetzt, senden wir ein klares Signal für einen wertebasierten, im gegenseitigen Interesse stattfindenden Welt-handel.“ Markus Ferber betonte, dass das Abkommen neue Maßstäbe für Freihandelsabkommen setze. „Kanada ist eines der meistentwickelten außereuropäischen Länder, mit denen die EU je ein Handelsabkommen dieser Dimension ausgehandelt hat. Wen sonst wollen wir zu einem strategischen Partner machen, wenn nicht eine gefestigte Demokratie wie Kanada?“

Zukunft der EU

Wie muss sich die EU in Zukunft aufstellen um Themen wie Terror, Migration, und die globalen Fragen der Sicherheitspolitik in einem geeinten Europa bewältigen zu können? Dazu hat das Europäische Parlament Ideen entworfen. „Leider enthalten die Vorschläge eine ganze Reihe von

Forderungen, die meiner Meinung nach zur Weiterentwicklung der EU und zur Weiterentwicklung der Währungsunion nicht geeignet sind“, erklärt Ferber. „Ich stimme keinem Vorschlag zu der die Eigenverantwortung und das Haftungsprinzip aufhebt und den Weg in die Schuldenunion bereitet. Diese Ideen stehen zentralen deutschen Positionen diametral entgegen“, so Ferber.

Kommission darf keine Steuer-oase innerhalb der EU dulden!

„Internationale Großkonzerne zweckentfremden seit Jahren Steuer-Vergünstigungen auf der Insel Madeira und die Kommission genehmigt diese Praktiken auch noch“, kritisiert Markus Ferber. „Die EU kann nicht einerseits auf G20-Ebene strenge Regeln gegen Steuerdumping einfordern, aber andererseits den Betrieb einer Steueroase innerhalb der EU billigen - das passt einfach nicht zusammen.“ Der CSU-Finanzexperte fordert von der Kommission nicht nur Steuerparadiese in Übersee in den Fokus zu nehmen, sondern auch alle Steuerpraktiken innerhalb der EU auf den Prüfstand zu stellen. „Um glaubwürdig gegen Steuerflucht vorgehen zu können, müssen wir schon auch vor unserer eigenen Haustüre kehren“, mahnt der CSU-Europaabgeordnete an, der auch Mitglied im Untersuchungsausschuss zu den Panama Papers ist. Als „Skandal“ bezeichnet Ferber, dass die Kommission bei innereuropäischen Steueroasen einfach wegschaut. „Der für Steuerfragen zuständige Kommissar Pierre Moscovici behauptet, dass es in der Europäischen

Union keinerlei Steueroasen gäbe. Das aktuelle Beispiel rund um das Körperschaftssteuerregime Madeiras, mit extrem niedrigen Sätzen, belegt aber genau das Gegenteil.“ Den Versuch von Kommissar Moscovici, die Verantwortung auf die Mitgliedstaaten abzuwälzen, bewertet Ferber kritisch: „Die Kommission ist für die Durchsetzung europäischen Rechts zuständig. Hier muss sie auch liefern. Mit dem Finger auf andere zu zeigen, reicht nicht.“

Schluss mit Wetten auf Lebensmittel

Als Berichterstatter des Europäischen Parlaments hat Markus Ferber seit Jahren für strikte Regeln gegen Spekulationen mit Lebensmitteln gekämpft. „Ich bin froh, dass sich das Europäische Parlament so klar für ein schnelles Inkrafttreten der neuen Regeln ausgesprochen hat. Das Zocken auf dem Rücken der Ärmsten wird künftig nicht mehr möglich sein“, so Markus Ferber. „Künftig wird es strikte Obergrenzen für die maximale Höhe der Position an Rohstoffkontrakten geben, die ein einzelner Marktteilnehmer halten darf.“ Gleichzeitig betonte Markus Ferber, dass die neuen Regeln die richtige Balance trifft: „Börsen können einen Nutzen auch für die Landwirtschaft, z.B. beim Thema Planungssicherheit bieten und Landwirte sowie die Industrie können sich damit gegen Preisrisiken absichern. Mit den neuen Regeln treffen wir gezielt Spekulanten – Absicherungsgeschäfte, wie sie beispielsweise in der Landwirtschaft oft genutzt werden, sind weiterhin möglich.“



www.markus-ferber.de
E-Mail: info@markus-ferber.de

